

Altersdiskriminierung in Österreich: Eine Herausforderung für die Zukunft

Die Menschen in Österreich werden immer älter – ein erfreulicher Trend, der jedoch auch neue gesellschaftliche Herausforderungen mit sich bringt. Die Generation 65+ wird in Kürze den größten Anteil der österreichischen Bevölkerung ausmachen. Doch während diese Entwicklung voranschreitet, stellt sich die Frage: Sind ältere Mitbürger in finanziellen und versicherungstechnischen Angelegenheiten ausreichend abgesichert, oder werden sie von wichtigen Dienstleistungen ausgeschlossen? Die jüngste Studie der AFPA wirft ein Schlaglicht auf diese Problematik und liefert einige aufschlussreiche Erkenntnisse.

Finanzielle Hürden und Benachteiligung

Im Finanz- und Kreditbereich zeigt die Studie deutliche Benachteiligungen für ältere Menschen auf. Von den 1.100 befragten Personen im Alter von 55 bis 75 Jahren gaben nur 15,9 Prozent an, in den letzten fünf Jahren einen Kredit beantragt zu haben. Die Hauptgründe für die Kreditaufnahme waren der Erwerb von privatem Eigentum (32 %), Sanierungen oder Umbauten (28,6 %) und der Kauf von Wohnimmobilien (17,1 %). Dennoch empfinden 84,2 Prozent der Befragten eine klare Benachteiligung von Senioren bei der Kreditvergabe. Zudem fordern 82,9 Prozent der Befragten mehr politische Maßnahmen, um die Finanzierung für ältere Menschen zu erleichtern.

Eine gesetzliche Änderung, die seit dem 1. Mai 2023 Kredite für ältere Personen ohne festgelegtes Endalter ermöglicht, ist weitgehend unbekannt: Nur 30 Prozent der Befragten waren darüber informiert. Trotz dieser Änderungen zeigt sich, dass die Kreditvergabe an Senioren weiterhin zurückhaltend gehandhabt wird. Die Studie verdeutlicht, dass Banken nach wie vor

als eher oder sehr vertrauenswürdig gelten (80,5 %), während Immobilienmakler (29,3 %) und Medien (19,5 %) weniger Vertrauen genießen.

Versicherungslücken und der Wunsch nach persönlicher Beratung

Im Versicherungsbereich offenbart die Studie ebenfalls große Defizite. Es

gibt erhebliche Lücken bei Spezialversicherungen, wie zum Beispiel Pflegeversicherungen, aber auch bei grundlegenden Versicherungsprodukten ist noch keine ausreichende Abdeckung erreicht. Über die Hälfte der Befragten gab an, ihr letztes Versicherungsprodukt vor längerer Zeit abgeschlossen zu haben; bei 21,9 Prozent liegt der Abschluss mehr als zehn Jahre zurück. Diese Lücken können zu einem unzu-



reichenden Versicherungsschutz führen, da bestehende Produkte nach so langer Zeit oft nicht mehr den aktuellen Risiken entsprechen.

Eine besonders bemerkenswerte Erkenntnis der Studie ist das starke Bedürfnis der älteren Generation nach persönlicher Beratung. Während der Online-Abschluss von Versicherungen für nur 26,2 Prozent eine Rolle spielt, wünschen sich 92,6 Prozent der Befragten eine persönliche Beratung. Sie schätzen vor allem das Vertrauen, das in einer langjährigen Beziehung zu einem Versicherungsvermittler aufgebaut wird (88,4 %). Die Unsicherheit beim Online-Abschluss, das „falsche“ Produkt zu wählen, ist ein weiterer Grund, weshalb viele Senioren sich gegen digitale Angebote entscheiden.

Informationsverhalten und das Recht auf ein analoges Leben

Die Studie zeigt außerdem, dass ältere Menschen überwiegend persönliche Kontakte zur Informationsbeschaffung nutzen. Online-Plattformen, soziale Medien und digitale staatliche Angebote wie das „Digitale Amt“ spielen

dabei eine untergeordnete Rolle. 58,5 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, das Recht auf ein analoges Leben gesetzlich zu verankern, um auch in einer zunehmend digitalisierten Welt ihre Bedürfnisse und Präferenzen zu schützen.

Fazit: Handlungsbedarf für Politik und Gesellschaft

Die AFPA-Studie verdeutlicht, dass die ältere Generation in Österreich weiterhin mit erheblichen Diskriminierungen im Finanz- und Versicherungsbereich konfrontiert ist. Es fehlt an spezifischen Produkten, die auf die Bedürfnisse der Senioren zugeschnitten sind, und an einer effektiven Kommunikation über bestehende Möglichkeiten. Zugleich bleibt der Wunsch nach persönlicher Beratung und maßgeschneiderten Lösungen groß.

Die Politik ist gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die sicherstellen, dass die ältere Generation nicht benachteiligt wird – sei es bei der Kreditvergabe, im Versicherungsbereich oder im Zugang zu Informationen. Es ist an der Zeit, den gesellschaftlichen Wandel aktiv zu gestalten und die

Rechte und Bedürfnisse der älteren Bevölkerung zu stärken. Nur so kann ein diskriminierungsfreier Zugang zu Finanz- und Versicherungsdienstleistungen für alle gewährleistet werden.

Über diese und weitere Ergebnisse der Studie wird am 24. Oktober beim AFPA-Marktdialog mit Mag. Gabriele Zgubic (Arbeiterkammer Wien, Leiterin der Abteilung Konsumentenpolitik), Michael Herzhofer, BA MBA (Geschäftsführer der Secura GmbH und AFPA-Obmann), Dr. Peter Kostelka (Präsident des Pensionistenverbandes Österreich) und Michael Misarik (Niederlassungsleiter der HDI Lebensversicherung AG in Österreich) ebenso diskutiert wie darüber, ob es wirklich die gesetzlichen Vorgaben im Kredit- und Versicherungsbereich sind, die Produkte für Senioren unmöglich oder so teuer machen. Oder hat die Branche vielleicht noch nicht gezielt darüber nachgedacht, spezielle Produkte für diese Zielgruppe zu entwickeln? Möglicherweise erfahren wir auch, wie man künftig trotz „Kreditbremse“ im Bankenbereich und seitens der Aufsicht einen senioren gerechten oder energiesparenden Umbau finanzieren kann.



Universal-Straf-Rechtsschutz für Unternehmen

Wenn's um die Rechte Ihrer Kunden geht

www.roland-rechtsschutz.at

Besser miteinander.

Schnell
und einfach
absichern

